Illustration: Meike Gerstenberg – Zeit online

Hochschulen – elitär und doch sozial verträglich?

Die Exzellenz-Initiative der Bundesregierung hat die Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft katalysiert und beschleunigt. Kritiker befürchten eine zunehmende Trennung in Elite- und Massenuniversität. Doch **Marius R. Busemeyer** *sieht in dieser Entwicklung durchaus Chancen – und führt aus, warum und unter welchen Voraussetzungen der Prozess der Differenzierung langfristig die Leistungs- und soziale Gerechtigkeit des deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystems verbessern kann.*

Die deutsche Hochschullandschaft durchläuft derzeit eine Phase tief greifender Veränderungen, wie sie seit den 1970er-Jahren nicht mehr zu beobachten war. Damals zielten die Bildungsreformen explizit darauf ab, die Chancengleichheit und den Zugang ehemals bildungsferner Schichten zu Hochschulen zu verbessern. Begleitet und unterstützt wurden diese Reformen durch eine massive Expansion des öffentlichen Hochschulwesens. Heute, in Zeiten knapper Kassen und einer chronischen Unterfinanzierung des tertiären Bildungssektors, geht es eher um die effiziente Verteilung öffentlicher Mittel. Nicht der Staat, sondern private Geldgeber sollen die Unterfinanzierung beheben helfen – etwa durch die vermehrte Gründung privater Hochschulen oder durch Eintreibung von Studiengebühren.

Die von Bund und Ländern ausgeschriebene und nach zwei Runden vorerst abgeschlossene Exzellenzinitiative, in der ausgewählten Hochschulen im Rahmen von drei Förderlinien insgesamt fast 1,9 Milliarden Euro über einen Zeitraum von sechs Jahren zur Verfügung gestellt werden, bietet ein weiteres Beispiel für den Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. Denn dadurch wurde zum ersten Mal in der Regierungspolitik eine Abkehr vom Leitbild der Gleichwertigkeit der Universitäten hin zu einer Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft in verschiedene Exzellenz-„Schichten“ vollzogen – mit den Leuchtturm- oder „Elite“-Universitäten an der Spitze.

Aus Wissenschaft und Politik hat die Exzellenzinitiative einiges Lob erfahren, so vor allem von einzelnen Rek-

toren potenzieller Elite-Universitäten, wie dem ehemaligen Heidelberger Rektor Peter Hommelhoff, sowie vom ehemaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und neuen Generalsekretär des Europäischen Forschungsrates, Ernst-Ludwig Winnacker. Es wurde aber auch viel Kritik laut. Wer Erfahrungen mit dem US-amerikanischen Hochschulwesen hat, der weiß, dass knapp zwei Milliarden Euro – auf mehrere Universitäten verteilt und über einen Zeitraum von einigen Jahren gestreckt – nicht viel mehr als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten und kaum ein deutsches Harvard schaffen können.

Weiters wurde kritisiert, dass die Exzellenzinitiative, entgegen ihrem Anspruch, keinen effektiven und transparenten Leistungswettbewerb befördere, sondern im Wesentlichen bereits bestehende Strukturen und Machtkartelle weiter befestige (Richard Münch). Und schließlich öffne die Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft in Elite- und Massen-Universitäten einen elitären Zugang zu Bildung und anschließender Beschäftigung – wobei noch abzuwarten bleibe, ob die Qualität der Bildung in Elite-Universitäten tatsächlich besser sei (Michael Hartmann).

Differenzierung schafft Gerechtigkeit

Hinter diesen Aussagen steht der Vorwurf, eine Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft verstärke den Prozess der „Elitisierung“ des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung. Zu dieser These möchte ich im Folgenden eine Gegenthese formulieren – und postulieren, dass die Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft langfristig die Leistungsgerechtigkeit des deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystems verbessern wird. Dies kann weiter zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen, denn der Zugang zu Beschäftigung erfolgt dann primär nach Leistung und nicht mehr über sekundäre Kriterien wie private Netzwerke oder den passenden Habitus.

Ehe ich diese Kernthese ausführlicher darstelle, seien einige Blindstellen in der gegenwärtigen Debatte um die Exzellenzinitiative aufgezeigt. So fällt vor allem auf, dass die Schnittstellen zwischen dem Hochschulsystem und angrenzenden Bereichen, also dem Primar- und Sekundarschulwesen einerseits sowie den Qualifizierungs- und Rekrutierungsstrategien von Unternehmen andererseits, bislang wenig berücksichtigt wurden. Doch eine umfassende Beurteilung der Folgen einer Ausdifferenzierung des Hochschulsystems muss auch diese institutionellen Querverbindungen in den Blick nehmen.

In Sachen Primar- und Sekundarschulwesen hat die PISA-Debatte das Thema Bildungsreformen zumindest wieder auf die Tagesordnung gebracht. Dem deutschen Bildungssystem ist zum wiederholten Mal bescheinigt worden, dass es im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ein besonders starkes Maß an sozialer Stratifizierung aufweist. So verstärkt es Klassenunterschiede in der Ausstattung mit Bildungsressourcen anstatt sie abzubauen – und so verwundert es nicht, dass die durchschnittliche Qualität der Bildungsleistungen ebenfalls nur Mittelmaß aufweist.

Nun ließe sich argumentieren, in Form der beruflichen Ausbildung würde den Jugendlichen mit schwächeren Bildungsqualifikationen in Deutschland eine attraktive Alternative zum Hochschulstudium geboten, die auch im Ausland aufgrund ihres hohen Potenzials zur sozialen Integration von Bildungsschwachen in qualifizierte Ausbildung und Beschäftigung viel Beachtung gefunden hat. Aber auch auf diesem Feld zeigen sich deutliche Erosionserscheinungen: Die steigende Zahl der Jugendlichen in Warteschleifen und der Altbewerber sowie die sinkende Beschäftigungssicherheit für Facharbeiter und Geringqualifizierte beweisen, dass die berufliche Ausbildung nicht länger die Schwächen des allgemeinen Bildungssystems kompensieren kann.

Eine Reform des Hochschulwesens muss daher immer im Kontext des Gesamtbildungssystems gesehen werden. Das darf aber nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass in allen Bildungssektoren die gleichen Reformprinzipien anzuwenden wären. Die Überwindung und Abschaffung des gegliederten Schulwesens ist längst überfällig. Hier gilt es, das Leitbild der Ungleichheit der Sekundarabschlüsse durch das neue Paradigma der Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit zu ersetzen. Die Verbindung zwischen der Diskussion um die Exzellenzinitiative und der Reform der anderen Bildungssektoren wurde bislang allerdings kaum berücksichtigt.

Dies bringt mich zur der Kernthese, die sich dem Thema der Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft aus der Perspektive der Qualifikationsnachfrager – also der Unternehmen – nähert. Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung haben gezeigt, dass sich Unternehmen bei der Einstellung von Fachkräften auf Signale aus dem Bildungssystem verlassen. Bildungs- und Qualifikationssysteme in verschiedenen Ländern unterscheiden sich in Art und Intensität dieser Signale.

Ein Beispiel bietet das US-amerikanische Hochschulwesen. Im Rahmen dieses stark ausdifferenzierten Systems besteht ein effektiver und hoch transparenter Signalmechanismus, der eine eindeutige Hierarchie (oder neudeutsch: ein Ranking) der Universitäten begründet. Das führt so weit, dass für Unternehmen – zumindest bei Einstellungen nach dem Bachelor-Abschluss – das eigentliche Studienfach weniger zählt als das Prestige der besuchten Hochschule: Sie gehen sowieso davon aus, dass die neuen Mitarbeiter zunächst eine Phase der betriebsinternen Weiterqualifikation durchlaufen.

Gewiss kann das US-amerikanische Hochschulsystem nicht als Reform-Blaupause für Deutschland dienen. Denn Elemente wie die oft erdrückend hohen Studiengebühren sowie die Fortdauer genuin elitistischer Rekrutierungsmechanismen bei den wirklichen Elite-Universitäten sollte man nicht übernehmen (Karl-Ulrich Mayer). Auf der anderen Seite belegen Studien, dass das Bildungs- und vor allem das Hochschulbildungssystem in den USA ungemein wichtige Faktoren des sozialen Aufstiegs darstellen.

Ein weiteres Beispiel liefert das deutsche Ausbildungssystem. Das zeichnet sich insgesamt dadurch aus, dass die eigentlichen Inhalte, die in Ausbildung und Studium vermittelt werden, wichtiger sind als der Ruf der vermittelnden Bildungsinstitution. Denn die Unternehmen erwarten, dass die jungen Absolventen unmittelbar nach Beendigung der Ausbildung als vollwertige und hoch produktive Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Im Unterschied zum Hochschulbereich überlagern sich bei der beruflichen Ausbildung beide Dimensionen, das heißt: Es macht einen Unterschied, was man lernt (etwa Mechatroniker oder Frisör) und wo man lernt (etwa bei Daimler oder beim Handwerksbetrieb um die Ecke).

Auch hier besteht also eine klare Rangordnung, die eindeutige Signale an die Arbeitgeber aussendet: Eine Ausbildung im industriellen Großbetrieb steht in der Hierarchie deutlich höher als eine Ausbildung im Handwerk. Die Existenz dieses effektiven Sortierungs- und Signalmechanismus hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Übergänge von Ausbildung in Beschäftigung in Deutschland über lange Zeiträume hinweg erheblich einfacher und schneller vonstatten gingen als in Ländern mit undifferenzierten und meist schulischen Systemen der beruflichen Bildung (wie in Frankreich oder Italien).

Im Bereich der Hochschulbildung bestand bislang keine eindeutige, transparente und von allen Beteiligten akzeptierte Rangordnung von Lernorten. Sicherlich gab es auch hier unterschwellig kommunizierte und allgemein etablierte Zuschreibungen, die häufig mit dem Traditionsstatus einer Universität in Verbindung standen, etwa Jura in Heidelberg, Maschinenbau in Aachen oder Karlsruhe. Das undifferenzierte Hochschulsystem muss auch vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung des deutschen Hochschulwesens von einem elitären zu einem Massensystem gesehen werden: Vor der Bildungsexpansion der 1970er-Jahre – mit niedrigen Studentenquoten und weniger Universitäten – war der Signaleffekt eines Universitätsabschlusses groß genug, um einen einfachen Übergang in Beschäftigung zu ermöglichen.

Nach der Bildungsexpansion und im Zuge der Noteninflation verschwamm der Signaleffekt eines Hochschulabschlusses zunehmend. Ein Universitätsabschluss, selbst mit einer guten Note, reicht nicht mehr aus, um sich im Wettbewerb um gute Arbeitsplätze oder gar um den Zugang zu Elitenpositionen durchzusetzen. Gehen vom Bildungssystem keine eindeutigen Signale aus, ist die Gefahr groß, dass Unternehmen sich bei der Einstellung auf sekundäre Kriterien verlassen.

Michael Hartmann hat in seinen Studien zur Zusammensetzung und Herkunft der deutschen Wirtschaftseliten festgestellt, dass sich der Zugang eben nicht an tatsächlich erbrachten Leistungen oder Qualifikationsvoraussetzungen orientiert, sondern sehr stark an weichen Faktoren wie dem passenden Habitus, unterschwellig kommunizierten Benimmcodes oder ganz einfach persönlichen Netzwerken. Diese Faktoren erschweren den Aufsteigern aus unteren Schichten systematisch den Zugang zu Wirtschaftseliten, weshalb auch im internationalen Vergleich die deutschen Wirtschaftseliten als besonders geschlossener Kreis gewertet werden müssen.

Universitäten müssen sich noch mehr öffnen

In dem Maße, in dem ein ausdifferenziertes Hochschulsystem transparente und glaubwürdige Signalmechanismen etabliert, wird sich auch der Zugang zu Beschäftigung daran ausrichten. Diejenigen, die es an eine Elite-Universität geschafft haben, hätten damit auch die besten Beschäftigungsmöglichkeiten. Bedeutet das nun ein Problem oder einen Fortschritt? Es ist dann als Fortschritt zu werten, wenn drei Vorraussetzungen gegeben sind:

Erstens muss die Reform des Hochschulsystems mit einer Reform des Sekundarschulwesens zusammengehen. Nur wenn der Zugang zu Hochschulen weiter geöffnet wird, kann sich das Hochschulwesen zum zentralen Mechanismus des sozialen Aufstiegs entwickeln. Konkrete, mittelfristig umsetzbare Maßnahmen wären etwa die Abschaffung der Hauptschule (wie gerade in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht) oder die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung.

Zweitens muss das Hochschulsystem weiter im Kern öffentlich und allgemein zugänglich bleiben. Selbst wenn den Universitäten die volle Autonomie bei der Auswahl der Studierenden übertragen wird und wenn moderate Studiengebühren erhoben werden, sind kurz- oder mittelfristig kaum „amerikanische“ Verhältnisse zu erwarten. Die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Hochschulen kann aber nicht alleine durch Studiengebühren beseitigt werden. Eine entschlossene Finanzierungsoffensive für öffentliche Hochschulen ist umso dringlicher, weil sich zunehmend private Alternativen etablieren, deren ökonomische Selektionsmechanismen

(wirklich hohe Studiengebühren) die Zugangsbarrieren zu hochqualitativer Hochschulbildung erhöhen.

Drittens sind Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik weiter gefordert, grobe soziale Ungleichheiten zu vermeiden. Dabei gilt es zunächst zu beachten, dass der Kurzschluss, eine Ausdifferenzierung der Bildungsmöglichkeiten führe zu einer Ausdifferenzierung der Beschäftigungsformen, schlicht falsch ist. Natürlich gibt es in Deutschland heute schon ausgeprägte Ungleichheiten im Zugang zur Beschäftigung. Eine Ausdifferenzierung der Hochschulbildung an sich verschärft diese Ungleichheiten nicht, sondern führt im Idealfall dazu, dass die Zugänge zu Beschäftigung sich am Bildungssystem orientieren und nicht an den oben genannten sekundären Kriterien. Grobe soziale Ungleichheit zu vermeiden, ist nicht primäre Aufgabe des Bildungssystems, sondern der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das Bildungssystem hat dafür zu sorgen, dass Zugänge zu Beschäftigung, die notwendigerweise ungleich sind, sich an Leistungskriterien und tatsächlichen Qualifikationen orientieren. Dazu eignet sich ein ausdifferenziertes Hochschulsystem besser als ein undifferenziertes.

Damit sind die Voraussetzungen aufgezählt, unter denen eine Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft kein Problem, sondern einen Fortschritt bedeuten könnte. Doch bleibt noch die Frage, welche Vorteile im eigentlichen Sinne damit verbunden wären.

Studium im Ausland wird attraktiver

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass das deutsche Hochschulsystem in Konkurrenz mit anderen steht. Im Bereich der Forschung läuft schon seit Längerem die Diskussion um den *brain drain*. Die anekdotische und vielfach journalistisch dokumentierte Evidenz sowie einzelne systematische Untersuchungen (etwa des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft aus dem Jahr 2002) zeigen, dass dieses Phänomen höchst real ist und dass für eine Rückkehr nach Deutschland meist nicht berufliche, sondern private und lebensweltliche Gründe den Ausschlag geben.

Der Wettbewerb der Hochschulsysteme dreht sich jedoch nicht nur um Forscher, sondern auch um Studierende. Die verbesserte Anerkennung von Schulabschlüssen innerhalb der EU sowie die höhere Mobilitätsbereitschaft der jüngeren Generationen machen ein komplettes Studium anstelle nur einzelner Semester im Ausland immer attraktiver – allerdings nur in bestimmten Ländern (Großbritannien, USA, Schweiz) und nur für jene, die sich das leisten können.

Und genau hier liegt die Gefahr: Wer gut situiert ist und die hohen Kosten für Studiengebühren und Lebenshaltung in Oxford, Cambridge, St. Gallen, Zürich oder Boston tragen kann, wird seine Kinder lieber dorthin als an deutsche Massenuniversitäten schicken. Der Besuch dieser tatsächlichen Elite-Universitäten sendet damit wiederum ein starkes Signal an zukünftige Arbeitgeber aus. Ein undifferenziertes Hochschulsystem mag zwar dem Leitbild der Gleichheit der Universitäten gerecht werden; das nützt jedoch nicht viel, wenn sie alle gleich wertlos erscheinen und die attraktiven Arbeitsplätze den Absolventen ausländischer Spitzenuniversitäten vorbehalten bleiben.

Die Schaffung hochwertiger und international wettbewerbsfähiger Universitäten in Deutschland – die in einem öffentlichen Bildungssystem immer auch ein Eingreifen der Politik erfordert – könnte den Abwanderungsdruck mindern. Gleichzeitig bestünde die Chance, die Schattenseiten genuin elitärer Hochschulsysteme zu vermeiden. Entscheidungen über den Zugang zu Beschäftigung würden transparenter und damit legitimierungsbedürftiger. Nicht mehr Herkunft oder private Netzwerke, sondern Leistung entscheidet. Dies beträfe auch die Verteilung von Forschungsmitteln – selbst wenn, wie Kritiker der Exzellenzinitiativen nicht ganz unberechtigt bemerken, im jetzigen Verfahren vor allem die Universitäten zum Zug gekommen sind, die schon vorher über eine gute Drittmittelausstattung verfügten.

Letztlich bringt eine Ausdifferenzierung des Hochschulsystems auch Vorteile für die Bildungsentscheidungen junger Leute. Als wesentlicher Mechanismus, über den sich gegenwärtig die soziale Stratifizierung im Hochschulbereich reproduziert, wirkt der Informationsvorsprung, den Kinder aus oberen Schichten vor den anderen haben. Ein ausdifferenziertes Hochschulsystem, das mit einer höheren Transparenz einhergeht, ermöglicht auch den Kindern aus bildungsfernen Schichten eine informierte und ausgewogene Auswahl.

Alles in allem komme ich zu dem Fazit, dass trotz der teilweise berechtigten Kritik an der Exzellenzinitiative und der damit eingeläuteten Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft die Vorteile überwiegen. Den Zugang zu Beschäftigung und Elitenpositionen an Leistungskriterien statt an Habitus oder Netzwerke zu binden, würde die Hochschulen als zentrale Institutionen des sozialen Aufstiegs stärken. Und das brächte für den Bildungs-, Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland einen deutlichen Fortschritt.

MARIUS R. BUSEMEYER *ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.*